

Einfach nur Gier?

Klartext zu Ursachen, Entwicklung und Folgen der Krise

1 Ist die Krise vorbei?

Die Financial Times Deutschland titelte im September 2009: „Der Aufschwung kommt gewaltig,“ um dann festzustellen: „Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) werde daher 2009 nur um 4,8 % schrumpfen“ (FTD 04.09.2009). Ein Aufschwung besteht also darin, dass sich der Abschwung abschwächt. Eine völlig neue Erfindung.

Das Statistische Bundesamt meldete im Januar 2010, dass das BIP 2009 in jeweiligen Preisen sogar nur um 3,7% zurückgegangen sei. Der Aufschwung ist also noch gewaltiger gekommen. Wenn man nur positiv denkt und nicht immer nur jammert, kann man selbst die tiefste Krise der Nachkriegsgeschichte in ein Erfolgserlebnis verwandeln. Bilanzfälschung und Beschönigung auf allen Ebenen kennzeichnet die Lage.

Nur am Rande: preisbereinigt sanken das BIP 2009 gegenüber 2008 um 5 %, die Produktion im Produzierenden Gewerbe um 16,9 %, die Exporte um 14,7 %, der Auftragseingang in der Industrie um 24,4 % usw. Die Kapazitätsauslastung der Industrie liegt bei 70 %.

Ein Aufschwung hätte erst dann eingesetzt, wenn die Industrieproduktion eines Jahres den Höhepunkt des letzten Aufschwungjahres 2008 überschritten hätte. Dazu müsste sie 18 % höher liegen als sie es 2009 noch war (eigene Berechnung; Monatsberichte Bundesbank).

Der zweitgrößte Industrieverband, die Elektroindustrie, geht davon aus, dass die Umsatzziele von 2009 (war es nicht eher eine Beule?), erst in vier bis sieben Jahren ausgeglichen sein wird, d.h. 2013 bis 2016 („Der Aufstieg aus der Krise dauert bis zu sieben Jahre“, FAZ 28.12.2009). Die Metall- und Elektroindustrie insgesamt müsste die Produktion um 30 % steigern, um auf das Niveau vor dem Absturz zu kommen (FAZ 11.12.2009).

Die bisherigen Wirtschaftskrisen dauerten 2 bis 3 Jahre. Die jetzige wird länger dauern, umso mehr als sie sich mit einer tiefen Finanzkrise verbindet. Der letzte Aufschwung der Weltwirtschaft, die Grundlage der Konjunktur in Deutschland, war weitgehend kreditgedopt. „Das Wachstumshormon ‚Schulden‘ jagte die Wirtschaft auf Hochtouren“ (Benedikt Fehr, Weltwirtschaft im Umbruch, FAZ 22.04.2009). Produktion und Konsum wurden mit Krediten übermäßig ausgeweitet. Irgendwann musste den Schuldnern die Puste ausgehen. Das Bankkapital hat erheblich mehr Kredite ausgereicht, als mit Zins und Tilgung bedient werden können. Jetzt steht die Bewältigung der faul Kredite und des Verfalls der Marktwerte von Finanzpapierchen, die sich auf Kredite stützen und auf Wetten über Kurs- und Preisentwicklungen von allem und jedem. Die Überproduktion an Kapital wird mit Hilfe von Abschreibungen (Wertberichtigungen) reduziert. Der IWF schätzt, dass Banken bis Ende 2010 weltweit auf Kredite und Wertpapiere noch 1.500 Milliarden Dollar abschreiben müssen. Bis zur Jahresmitte 2009 hätten sie schon 1.300 Mrd. Dollar abgeschrieben (focus money online 30.09.2009) und durch frisches Eigenkapital vor allem von Staaten ersetzt. Für Deutschland schätzt die US-Bank Merrill Lynch den weiteren Abschreibungsbedarf allein der Großbanken auf 60 Mrd. Dollar oder auf 75 % ihres Eigenkapitals (RP-Online 19.10.2009). Nach verschiedenen Angaben sollen bisher weniger als die Hälfte der notwendigen Abschreibungen vorgenommen worden sein. Wenn man sich überlegt, dass allein in die Bad Bank der HRE Werte von über 200 Mrd. Euro zum Abwracken ausgelagert werden sollen, werden schon noch gewaltige Verluste auf uns zukommen. Schon türmen sich neue Abschreibungen auf, wenn Staaten wie Griechenland, Spanien usw., die nicht zuletzt von deutschen Banken und Versicherungen finanziert werden, dem Staatsbankrott entgegengehen. Und wenn den mit billigen Zentralbankgeldern finanzierten Blasen an den Aktien- und Rohstoffmärkten die Luft entweicht. „Es wird scheppern. Es ist nur die Frage, wann. Das Risiko einer nächsten Krise ist immens,“ erklärte ein angesehener Kreditanalyst einer Fondsgesellschaft namens Felsenheimer in der FAZ (11.02.2010).

Fazit: Wir stehen also nicht nur bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise, sondern auch bei der Finanzkrise erst am Anfang.

2 Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise: Gier?

Die Chefredaktion der FTD schrieb an ihre Abonnenten: „Die Folgen schwerer Krisen werden am Ende immer von der Allgemeinheit getragen, ... schon gar nicht von jenen, die diese Krisen mit ihrer Gier ausgelöst haben.“ Dass Gier oder auch der Verlust von Maß und Mitte die Ursache der Misere sei, ist auch die Meinung von Merkel und Obama, sowie der christlichen Kirchen und der SPD. Steinmeier in seinem Deutschland-Plan: „Die Gier gehört zum Menschen, aber wir können sie zügeln“ (Die Arbeit von Morgen, Juli 2009, 64). Die IG Metall schließt sich in ihrem Frankfurter Appell an: *„Die aktuelle Krise ...ist von Grund auf das Ergebnis der Ideologie einer zügellosen Marktwirtschaft. ‚Mehr Rendite, schnellere Rendite, höhere Rendite‘ – wurde schleichend zum überwiegenden Credo des wirtschaftlichen Handelns“*. *„Die grenzenlose Profitgier ... darf nicht weiter die Wirtschaft bestimmen. Diese Ideologie ist gescheitert.“*

Dass die Oberen den Hals nicht voll genug kriegen, ist die volkstümliche Version dieser Erklärung der Krise, die von der überwiegenden Mehrheit der Lohnabhängigen geteilt wird. Lohnabhängige zeichnen sich ja eher durch Bescheidenheit aus als durch Geldgier. Daraus folgt die inständige Ermahnung, sich doch mit weniger zufrieden zu geben, um den Ausbruch von Krisen zu verhindern.

2.1 Die Gier gehört zum Menschen

Krisen sollen angeblich der menschlichen Natur entsprechen. Die Gattung Mensch tauchte zum ersten Mal vor etwa 5 Millionen Jahren auf, die ersten anatomisch modernen Menschen vor etwa 100.000 Jahren. In diesen Zeiten hat es trotz der angeblich gierigen menschlichen Natur noch keine Finanz- und Wirtschaftskrisen gegeben. Der Mensch war also noch nicht wirklich Mensch.

Über Millionen Jahre lebten Menschen von der Hand in der Mund. Sie lebten in Stammesgemeinschaften, die weder reich noch arm kannten und auch keine Regierung. Sie waren Jäger und Sammler und teilten die Nahrungsmittel unter allen Stammesmitgliedern nach ihren Bedürfnissen auf. Gier kann es erst geben, wenn es einen Überschuss über das Lebensnotwendige gibt, der privat angeeignet werden kann. Gier ist also kein quasi biologisches, sondern ein geschichtliches Phänomen.

Finanzkrisen gibt es, seit es Geldkapital gibt bzw. Warenproduktion, die zu einem Überschuss an Geld führt. Es gibt sie, weil Menschen zu Eigentümern von Geldkapital wurden, das sie nicht herumliegen lassen wollten. Finanzkrisen sind älter als die heute bekannten Wirtschaftskrisen, eben weil Handels- und Geldkapital dem Industriekapital vorausgehen.

Wirtschaftskrisen dagegen als Teil eines mehr oder weniger regelmäßigen Konjunkturzyklus von Aufschwung und Krise gibt es erst seit 1825. Die erste moderne Krise brach aus in England, dem damals fortgeschrittensten kapitalistischen Land. Es war eine Krise der Überproduktion von Waren und Kapital. Der Export von vor allem Textilien wurde durch Kredite gefördert. Kredite heizten auch Aktienkurse und die Spekulation auf steigende Kurse an, bis der kreditfinanzierte Exportboom in sich zusammenbrach. Schon im Januar 1825 warnte der britische Premierminister Canning vor „übertriebenen Spekulationen“. Es nutzte nichts.

Die Erklärung der Krisen aus Gier und Übertreibungen ist für die Vertreter des Kapitals so alt wie die erste Krise selbst. Als 1857 die erste Weltwirtschaftskrise des Kapitalismus ausbrach, schrieb die Londoner Times: *„Das Gift wird eingeflößt, indem man Banden hemmungsloser Spekulanten ... zu Musterexemplaren erfolgreichen ... Unternehmergeistes erhebt, so dass das Vertrauen in das langsame Reichwerden vermöge ehrlichen Fleißes erschüttert wird“* (zitiert nach MEW Bd. 12, 335). Würden sie doch bloß langsamer reich werden wollen, lautet seit damals die große Bitte an die Kapitalisten. Das gilt heute noch. Langfristiges Profitdenken wird angemahnt, statt der Jagd nach dem schnellen Geld. Die Krise 1873 – 1879 wird von der FAZ auf „krasse Überspekulation“ bei Gründungen von Unternehmen und Banken zurückgeführt, die zu gewaltigen Überkapazitäten geführt habe (Judith Lembke, 04.03.2008). Und John Kenneth Galbraith erzählt in seinem Buch über die Weltwirtschaftskrise 1929 „eine Geschichte der Gier, des Überschwangs und der Überheblichkeit. Niemand sah die Gefahren ...“ (Ulrich Schäfer, 1929 und 2008, SZ 26.09.2008). Undsoweiterundsofort. Auch die nächste Krise wird wieder der Gier zugeschrieben werden.

2.2 Profit ohne Gier?

Es ist unbestreitbar, dass Kapitalismus Gier und Spekulation produziert. In einem auf Privateigentum, auf privatem Vorteil, auf Egoismus gegründeten Wirtschaftssystem kann es nicht anders sein. Gier und Egoismus auf der Basis des Privateigentums abschaffen zu wollen, ist reine Träumerei.

Die IG Metall befürwortet wie die Londoner Times von 1857 das langsame Reichwerden. Gezügelter Profit ja, aber nicht zügelloser Profit. Profit ja, aber bitte ohne Gier. Da die Jagd nach höherer Rendite auch nach Meinung der IG Metall-Führung angeblich nur ein Credo ist, ein Glaubensbekenntnis bzw. eine Ideologie, müsste man doch die falsche Ideologie durch die richtige Ideologie ersetzen, um Krisen zu verhindern. Man kann ja auch vom Protestantismus zum Katholizismus übertreten, um nicht die Krise der Höllenqualen zu erleiden. Was aber wenn der Profit selbst das Problem ist? Was aber wenn die Jagd nach höheren Renditen zu tendenziell sinkenden Renditen führt?

Gier und Spekulation sind nicht das Kernproblem von krisenhaften Erkrankungen des Wirtschaftskörpers, ebenso wenig, wie das Fieber die Ursache von Krankheiten ist.

Selbst wenn die Piechs, Quandts, Ackermänner und Wiedekings ihre Gier zügeln könnten bzw. durch staatliche Regulierungen gezügelt würden, würden Krisen ausbrechen. Denn Wirtschaftskrisen entspringen nicht persönlichen Eigenschaften von Managern oder Eigentümern, sondern sind notwendige Folgen der sachlichen Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise. Es ist – grob gesagt - die Wirkung der Produktivität unter dem Zwang zur Kapitalverwertung. Mit immer weniger Menschen werden immer mehr Waren erzeugt. Dadurch ist der Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtionsfähigkeit der LohnarbeiterrInnen vorprogrammiert. Die Produktion wird auf der Basis der weltweiten Konkurrenz riesiger Einzelkapitalien gegeneinander so weit wie möglich ausgedehnt, während das Kapital die Konsumtion relativ dazu immer stärker beschneidet, in dem es Arbeitskräfte überflüssig macht und mit Hilfe des Überangebots an Arbeitskraft die Löhne drückt. Dieser Widerspruch entlädt sich periodisch in Krisen, in denen die Überproduktion von Waren und Kapital wieder vernichtet wird. Kredite ermöglichen es, diesen Widerspruch auf einer höheren Stufe zu reproduzieren. Krisen fallen dann umso tiefer aus. Es ist nicht die Zügellosigkeit von Personen mit falschen Ideologien, sondern die Funktionsweise der Kapitalverwertung selbst, die zu Krisen führt.

Nehmen wir als Beispiel die Automobilindustrie. Hier konkurrieren einige wenige riesige Aktiengesellschaften um die Aufteilung des Weltmarkts, General Motors, Ford, Daimler, VW, Toyota usw. Jeder produziert für sich auf der Basis seiner Produktionskapazitäten, die er möglichst ausnutzen will, um kein investiertes Kapital brachliegen zu lassen. Investieren und Spekulation auf zukünftige Marktanteile und Gewinne sind kaum zu unterscheiden. Jeder produziert möglichst viele Autos, weil davon die Höhe des Profits und der Profitraten abhängen.

Aber: jeder produziert für einen Weltmarkt, dessen Aufnahmefähigkeit er nicht kennt und dessen Aufnahmefähigkeit durch weltweite Arbeitslosigkeit und Lohndruck begrenzt wird. Niemand will Überproduktion, egal ob er gierig ist oder nicht, und doch trägt jeder Konzern dazu bei, dass sie entsteht.

Es ist ein Zustand tiefer Unfreiheit und Ohnmacht, wenn Menschen von den Produkten ihrer eigenen Arbeit beherrscht werden, wenn sie also durch ihr Handeln Ergebnisse erzeugen, die sie gar nicht wollten. Eine so zerstörerische Wirtschaftsordnung wird geschichtlich nicht überleben. In ihrem Frankfurter Appell meint die IG Metall: „Die Krise ist ... kein Naturereignis, sie ist das Ergebnis menschlichen Willens und Handelns“. Das ist völlig konfus, denn niemand wollte doch die Krise. Obwohl niemand sie wollte, trat sie als Ergebnis menschlichen Handelns dennoch ein und wirkte wie ein Naturereignis, wie ein Tsunami. Oberflächlichkeit der Analyse ist Trumpf. Aber immerhin werden Krisen nicht mehr dem Willen Gottes zugeschrieben.

Die weltweite Überproduktion an Automobilen als Folge der kapitalistischen Produktionsverhältnisse wurde schon vor Beginn der Krise auf 25 % geschätzt, jetzt könnte sie 40 bis 50 %

betragen. Man produziert Überkapazitäten, obwohl keiner das wollte und viele davor gewarnt haben.

Jeder Aufschwung bereitet die Krise vor, weil die Eigentumsverhältnisse, Warenproduktion und Kapitalverwertung die Bedingungen für Überproduktion schaffen. Die Moralprediger der Mäßigung dagegen meinen, dass der Übergang vom Aufschwung zur Krise nicht die Folge der Produktionsverhältnisse seien, sondern Folge der menschlichen Gier, die an irgendeinem unbekanntem Punkt eine Grenze überschritten hätte. Man könnte also durch Mäßigung Krisen vermeiden, wenn also die Produktion gedrosselt wird, noch bevor wachsende Lagerbestände die Überfüllung des Marktes anzeigen. Fragt sich nur, warum die Vertreter des Kapitals keinerlei Einsicht zeigen, sich so zu verhalten und Krisen zu vermeiden. Antwort: Sie haben keinen Einfluss, sie können nicht anders. Sie vollstrecken nur die irrsinnige Logik des Kapitals, das immer wieder abzureißen, was mühselig erarbeitet wurde.

2.3 Wieso führt die Gier von Bankern zu sinkenden Bankrenditen?

Die Erfindung von riskanten, innovativen Finanzprodukten wird ebenfalls auf Gier zurückgeführt. „Diese Gier schlug sich in einer Risikoneigung nieder, die im Verhältnis zu Eigenkapital übertrieben war“ (FAZ 29.05.2009) Was auf der Oberfläche als Gier erscheint, war aber in Wirklichkeit der verzweifelte Versuch, dem Fall der Eigenkapitalrenditen der Banken entgegenzuwirken.

Nehmen wir als Beispiel die HRE/Depfa. Zweifellos waren beide Vorstandsvorsitzenden gierig. Funke verlangt die Weiterzahlung seines vertraglich zugesicherten Gehalt von 800.000 Euro jährlich bis 2013 und im Anschluss daran eine monatliche Pension von etwa 50.000 Euro im Monat. Bruckermanns Gehalt belief sich in seinen besten Tagen auf 7 Mio. Euro im Jahr. Beim Verkauf der Depfa an die HRE tauschte er Depfa- gegen HRE-Aktien um und verkaufte sie sofort für 100 Mio. Euro weiter. Er wusste, warum er sich so beeilte.

Aber: die Probleme der HRE/Depfa entstanden nicht durch Geier namens Funke und Bruckermann.

Die **Depfa** war auf die Finanzierung von Staaten spezialisiert. Da Staaten aber in der Regel (noch) gute Schuldner mit guter Bonität sind, bringen sie nur geringe Zinsen und damit nur geringe Renditen. Die Rendite kann jedoch erhöht werden, wenn man sich die Gelder, die man an Staaten verleiht, möglichst billig besorgt. Das funktioniert, wenn die Zinsen für Kredite mit kurzen Laufzeiten, z.B. drei Monate, gering sind. Man nimmt also kurzfristige Kredite zu niedrigen Zinsen auf und verwandelt sie in langfristige Kredite zu höheren Zinsen. In der Bankersprache wird das als „Fristentransformation“ bezeichnet. Da aber das Niveau von Zinsen mit dem Konjunkturverlauf schwankt (niedrige Zinsen in Krisenzeiten, höhere Zinsen im Aufschwung) musste sich die Zinsdifferenz reduzieren. Die Fristentransformation platzte im Aufschwung ab 2005 nach und nach.

Die **HRE** dagegen war ursprünglich auf Immobilienfinanzierung spezialisiert. Die Eigenkapitalrendite der Realkreditinstitute (zu denen Hypothekenbanken wie die HRE gehören) war aber schon ab 2005 erheblich gefallen. Sie liegt unterhalb der Renditen des Bankgewerbes insgesamt (vgl. Rainer Roth; Verstaatlichung der Hypo Real Estate: Die Verhinderung des Weltuntergangs, Frankfurt 2009, 7 – www.klartext-info.de; zu beziehen für einen Euro plus Porto über info@klartext-info.de). Die HRE hatte zwar „hochproblematische Kredite“ vergeben (Vorstandschef Endres), aber keine spekulative Fristentransformation betrieben. Ihre Eigentümer, mehrheitlich amerikanische Heuschrecken, organisierten genau deswegen die Übernahme der Depfa. Und die Gläubiger der HRE finanzierten sie. Alle erhofften sich dadurch eine Steigerung der Renditen.

Hier liegt auch im Allgemeinen die Quelle der riskanten, spekulativen Geschäfte, die in der Finanzkrise platzten. Maßgeblich war, Geschäfte möglichst ohne Unterlegung mit Eigenkapital zu betreiben, um die Eigenkapitalrendite zu erhöhen. Selbst Axel A. Weber, der Bundesbank-Chef, sprach davon, dass die Kreditwirtschaft ihre Verluste vor allem mit Wertpapiergeschäfte gemacht habe, die getätigt wurden, „um die zu geringen Margen im Kreditgeschäft im Inland zu ersetzen und durch höhere Erträge am Kapitalmarkt oder von Immobilienmärkten im Ausland auszugleichen“ (Börsen-Zeitung 12.12.2008). Die Eigenkapitalrendite der

Kreditinstitute in Deutschland vor Steuern betrug von 1994 bis 1999 durchschnittlich rund 14 %. Im Jahre 2000 brach sie auf 9,32 % ein. In der Krise 2001 bis 2004 sank sie auf durchschnittlich 4 %, erreichte einen neuen Höhepunkt 2005 mit 13 %, um dann deutlich zu sinken und im Jahre 2008 auf minus 7,70 % abzurutschen (http://www.bundesbank.de/download/statistik/bankenstatistik/guv_tab6.pdf).

Was als Gier von Bankern erscheint bzw. als Streben nach einer unrealistisch hohen Rendite, war in Wirklichkeit ein verzweifelter Kampf gegen den Fall der Bankprofitraten. Es ist oberflächlich nur von der Jagd nach immer höheren Renditen zu sprechen, ohne die wirkliche Entwicklung der Renditen zu studieren bzw. die wirkliche Entwicklung der Renditen chronisch auszuklammern. Wie kann die „Ideologie der grenzenlosen Profitgier“ dazu führen, dass die angeblich „phantastischen Gewinne“ im Verhältnis zum eingesetzten Kapital sinken? Diese gefährliche Frage stellen sich alle diejenigen nicht, die sich für die Schranken des kapitalistischen Systems nicht interessieren, insbesondere nicht Sozialdemokraten aller Schattierungen.

Die Profitgier hat Grenzen, die nicht die Moral der Mäßigung, sondern die Kapitalverwertung selber setzt. Mit wachsender Produktivität wächst die Masse des investierten Kapitals, die Profite dagegen bleiben relativ dahinter zurück. Erstens weil die Zahl derjenigen reduziert wird, die Mehrwert produzieren und weil die Realisierung der Profite über den Verkauf von Waren durch die wachsende Verarmung der breiten Masse immer mehr erschwert wird.

Das kapitalistische System strebt zwar in der Tat nach immer höheren Renditen, aber das Kapital schafft es nicht. Die durchschnittlichen Renditen innerhalb der Wirtschaftszyklen fallen auf lange Sicht in der Tendenz und zwar nicht nur bei Banken, sondern beim Kapital insgesamt. Näheres ist in meiner Broschüre nachzulesen (Sie kriegen den Karren nicht flott ..., Frankfurt 2009, 8-28, 47-50; gegen 3 € plus Porto zu bestellen über info@klartext-Die.de). Die Entwicklung der Profitraten, d.h. des Verhältnisses der Gewinne zum eingesetzten Kapital, müsste nüchtern untersucht werden, wenn man sich nicht mit Phrasen zufrieden geben will, denn die Profitraten sind der „Stachel der kapitalistischen Produktion“ (Karl Marx, Kapital Bd. III, MEW 25, 251). Aber wer nimmt das heutzutage schon noch ernst außer den Kapitalisten selbst? Die Kapitalverwertung als Idylle von Milliardengewinnen darzustellen, ist unter LohnarbeiterInnen und in der sogenannten Linken leider vorherrschend. Dieser Zustand müsste überwunden werden.

2.1 Krise als Folge falscher Verteilung?

„Die Wirtschaftskrise ist durch die viel zu schwache Binnennachfrage verursacht“, erklärt verdi (ver.di wipo-infos 1/2009,2). Das ist die vorherrschende Erklärung der Krise in den DGB-Gewerkschaften und in der Linkspartei („wichtigste Krisenursache (sei) die Konsumflaute“, erklärte die Bundestagsfraktion (Roth 2009, 96). Die Krise wird als Produkt der Umverteilung von unten nach oben gesehen.

In der Tat: Wenn alle genug Geld hätten, um alle Waren zu kaufen, gäbe es keine Überproduktion von Waren und Kapital. Und wenn immer die Sonne scheinen würde, gäbe es auch kein schlechtes Wetter.

Dass die arbeitenden Klassen in der Regel zu geringe Mittel für ihre Konsumtion hatten, ist eine Erscheinung, die es seit dem Beginn von Klassengesellschaften vor mehr als zehntausend Jahren gibt. Sie ist natürlich auch eine Vorbedingung der heutigen Krise, taugt aber nichts zu ihrer Erklärung. Marx bezeichnete es zu Recht als „*reine Tautologie, dass die Krisen aus Mangel an zahlungsfähiger Konsumtion ... hervorgehen*“ (MEW 24, 409). Es ist reine Tautologie, wenn die Krise damit erklärt wird, dass Waren nicht verkauft werden, weil sie mangels Geld nicht gekauft werden können.

Krisen können durch Lohnerhöhungen nicht vermieden werden.

Ausgerechnet vor Beginn der Krisen sind die Lohnsteigerungen am höchsten. 1992 stiegen die Bruttolöhne- und gehälter um 8,3 %, 2000 um 3,3 % und 2008 um 4 %. Es waren die Jahre des Höhepunkts des Aufschwungs, die höchsten Werte im jeweiligen Konjunkturzyklus. Sie ergeben sich aus einem Maximum in der Nachfrage nach Arbeitskraft und den jeweils höchsten Steigerungen der Effektivlöhne. Höhere Lohnzahlungen verhindern Krisen

also nicht, sondern kündigen sie geradezu an. Das Lohnniveau ist vor Ausbruch der Krise am höchsten, weil die Nachfrage nach Arbeitskraft im Aufschwung, der jeder Krise vorausgeht, eben zunimmt und von einer Steigerung der Bruttolöhne und -gehälter möglich sind. Höhere Lohnsteigerungen auf dem Höhepunkt des Aufschwungs würden den Beginn der Krise allenfalls hinauszögern, nicht verhindern. Im übrigen wird etwa die Hälfte des BIP durch Exporte erwirtschaftet. Die Lohnerhöhungen bzw. Steigerungen der Masseneinkommen müssten also weltweit erfolgen, um den Einbruch des Welthandels zu verhindern.

Die Lohnentwicklung hängt allgemein vor allem von der Entwicklung der Nachfrage nach Arbeitskraft ab. Arbeitskräfte sind Waren, deren Preis sich auf dem Arbeitsmarkt bildet. Diese Nachfrage sinkt langfristig aufgrund höherer Produktivität, vor allem aufgrund des technischen Fortschritts und der wachsenden Konzentration des Kapitals. Folge ist ein gewaltiger Überschuss an Arbeitskräften und deswegen ein weltweit tendenziell sinkendes Lohnniveau. Andererseits eignen sich die Eigentümer der durch Akkumulation und Fusionen wachsenden Kapitalien die unbezahlte Arbeit der LohnarbeiterInnen an und werden dadurch verhältnismäßig reicher. Es sind die Eigentumsverhältnisse, die Produktionsverhältnisse, die eine wachsende Ungleichheit der Verteilung erzeugen. Wachsende Armut und gleichzeitig wachsende Profitmassen und wachsender Reichtum ist nicht die Folge von Fehlern der Kapitalisten oder einer falschen Politik der Regierung. Wenn etwas falsch ist, dann nicht die Verteilung, sondern die Produktionsverhältnisse, die die jeweilige Verteilung hervorrufen. Von daher ist es „überhaupt fehlerhaft, von der sog. Verteilung Wesens zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen“ (Marx, MEW 19, 22). Die Produktionsweise ist entscheidend für die Verteilung, nicht umgekehrt.

3 Lösungen?

Wenn Krisen die Gier anzeigen, dann beweist das auf jeden Fall eines: die Chinesen sind nicht gierig. Denn die Wirtschaft Chinas wuchs 2009 um 8,7 %. Solange der Laden läuft, hört man keine Klagen über zügellose Profitgier. Im Gegenteil, die Moralprediger Deutschlands freuen sich über Exporte nach China. „Die Chinesen haben ja in der Krise genau das gemacht, worauf alle hofften: mit Krediten und milliardenschweren Konjunkturprogrammen das Gaspedal durchgetreten und dem Rest der Welt durch die schlimme Zeit mit durchgeholfen. Allerdings sind dadurch auch Blasen entstanden, etwa im Kredit- oder Immobilienmarkt.“ (Thomas Mayer, Chefvolkswirt DB, welt-online.20.01.2010). Die Metall- und Elektroindustrie gerät wegen der Exportsteigerungen nach China sogar ins „Schwärmen“ (FAZ 10.02.2010) Mulmig kann einem schon werden, wenn man sieht, dass die chinesischen Banken 2009 Kredite im Volumen von 30 % des BIP vergeben haben und die chinesische Regierung Konjunkturprogramme gestartet hat, die 14 % des BIP entsprechen. Die chinesische Kredit- und Immobilienblase wird später zusammenbrechen als die amerikanische, aber sie wird. Dann kann man ja wieder die Gier bemühen.

Das Kapital in den USA, Japan und Europa wehrt sich aber vor allem mit Hilfe des Staates heftig gegen die zerstörerischen Marktgesetze. Hier treten Staatskredite an die Stelle der Bankkredite, um die kreditsüchtige Wirtschaft weiterhin dopen zu können. Allein der weltweite Umfang der staatlichen Konjunkturspritzen beträgt drei Billionen Dollar oder 6 % des Weltsozialprodukts. Auf die USA entfallen etwa 1 Bio. Dollar. Das entspricht etwa 7 % des BIP der USA, Japan erreicht 9 %, der Euroraum 1,6 % (Tomasz Konicz, Aufschwung auf Pump, jw 29./30.08.2009). Mit Staatskrediten wird der Kauf von Autos und Immobilien gefördert, werden Investitionen in die Infrastruktur getätigt, werden Banken und Unternehmen mit Kapital versorgt, die ansonsten in die Insolvenz gehen müssten, allerdings meist ohne dass der Staat daraus Eigentümeransprüche ableitet. Ein Beweis dafür, dass er der oberste Diener des Kapitals ist und nicht sein Herr werden will. Mit kreditfinanziertem Staatszuschüssen werden Überkapazitäten am Leben gehalten.

Großen Umfang haben auch die staatlichen Garantien für Bankkredite. 95 % der neu ausgegebenen Hypothekenkredite in den USA z.B. werden staatlich garantiert, in dem die verstaatlichten Fannie Mae und Freddie Mac sie von privaten Hypothekenbanken aufkaufen (FAZ 28.10.2009).

Die Zentralbanken nehmen in großem Umfang faule Wertpapiere in ihre Bilanz und reichen dafür spottbillige Kredite aus, die in die Belebung der Aktienmärkte fließen. Andererseits kaufen Zentralbanken wie die der USA und Großbritanniens auch Staatspapiere und zahlen mit frisch gedrucktem Geld. Der Verkauf von Staatspapieren wiederum und der Handel mit Aktien läuft über Banken und ist eine ihrer zur Zeit sprudelnden Profitquellen.

Es hieß, die Ursache der Finanzkrise seien die niedrigen Zinsen der US-Zentralbank gewesen, die zu einem Immobilienboom auf Pump geführt hätten. Jetzt wird die Rettung aus der Finanzkrise in noch niedrigeren Zinsen gesehen. Das soll die Lösung sein? Billigkredite und Zentralbankgelder produzieren schon wieder neue Preisblasen an den Aktien- und Rohstoffmärkten und beleben die Spekulation, z.B. über die Ausnutzung von Zinsdifferenzen. Wehe aber den Staatshaushalten und den von ihnen abhängigen Erwerbslosen, Rentnern und Lohnempfängern, wenn es schwieriger wird, Käufer für die explodierenden Staatsschulden zu finden und die Zinsaufschläge die Staatshaushalte erdrosseln.

Die Staaten haften mit gigantischen gesellschaftlichen Mitteln für die Folgen der privaten Profitproduktion und mildern sie ab. Den Vogel schießen die USA ab. Der US-Bundshaushalt des Jahres 2009 wird etwa zur Hälfte mit der Aufnahme von Staatsschulden bestritten. In Deutschland sind es rund 30 %.

Aber auch der Staatskapitalismus kann die unlösbaren Widersprüche der Kapitalverwertung und der Marktgesetze nicht unter Kontrolle bekommen. Je mehr er es versucht, desto stärker wird die Wucht sein, mit der er die Folgen auf die ganze Gesellschaft, vor allem auf die LohnarbeiterInnen abladen, mit der er also die Verarmung der Mehrheit vorantreiben muss. Je höher die Staatsschulden, desto mehr wird der Staat dem Willen des Finanzkapitals unterworfen, das seinen Haushalt am Leben hält. Staatsschulden bedeuten letztlich die Privatisierung des Staates. Die Abhängigkeit der kapitalistischen Staaten vom Finanzkapital wird umso größer, je höher ihr Kreditbedarf ist. Der Staatsbankrott rückt näher, der mit drastischen Kürzungen bei Sozialausgaben und Löhnen bekämpft wird. Um so merkwürdiger ist es, wenn Kritiker des Kapitalismus so stark für höhere Staatsschulden plädieren. Staatsschulden schieben die Probleme nur auf, damit sie mit umso größerer Wucht später aufbrechen. Je höher die Staatsschulden, desto drastischer werden die Sparmaßnahmen.

4 Die Antwort der Lohnabhängigen

„Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ hieß das Motto der Demonstrationen, die am 28. März 2009 stattgefunden haben und heißt das Bündnis, das sie organisiert hat.

Wir müssen für Forderungen eintreten, die die Arbeitslosigkeit möglichst vermindern und andererseits abmildern sowie dem Druck auf die Löhne entgegenzutreten.

Und wir müssen dafür eintreten, dass das Kapital in möglichst großem Umfang für die Kosten seiner Krise aufkommt.

Es hier nicht möglich, ein Gesamtprogramm zu entwickeln. In meiner Broschüre habe ich es versucht (vgl. auch www.buendnis31januar.de) Hier nur ein paar Punkte.

- Zunächst wäre eine **deutliche Arbeitszeitverkürzung** bei vollem Lohnausgleich notwendig. Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich, die im Aufschwung praktiziert wurde, hat den Widerspruch zwischen Konsumtion und Produktion vergrößert und damit die Krise vertieft. Angesichts des massiven Produktionsrückgangs wird zur Zeit die Arbeitszeit ohne vollen Lohnausgleich verkürzt, in Form von Kurzarbeit bzw. tariflicher Arbeitszeitverkürzung. Wir brauchen eine dauerhafte, deutliche Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich, weil sich die gestiegene Produktivität seit 20 Jahren nicht mehr in Arbeitszeitverkürzung oder Lohnerhöhungen niedergeschlagen hat. Die LohnarbeiterInnen wurden lange genug ausgenommen. Die Propaganda für die 30 Stundenwoche ist aktueller denn je, zumal in der Krise Werte vernichtet werden, die vorher in Milliarden Arbeitsstunden erzeugt worden sind. Was soll das?
- Notwendig wäre ferner eine **deutliche Verlängerung des Alg I auf fünf Jahre**. Da die Dauer der Arbeitslosigkeit in der Krise zunimmt, weil sie mit höherer Produktivität und

gewachsener Konzentration des Kapitals „gelöst“ wird, muss auch die Dauer des Arbeitslosengelds zunehmen. 80% des Nettolohns sind erforderlich, um den Absturz in Hartz IV zu vermeiden. Diese Forderung ist auch mit die Wichtigste, um den Wirkungsbereich von Hartz IV einzuschränken.

- Der **Eckregelsatz von Hartz IV** muss auf mindestens **500 Euro** erhöht werden. 359 Euro bedeuten gesellschaftliche Isolation und Mangelernährung (vgl. www.500-Euro-Eckregelsatz.de; und die Broschüre Hartz IV: „Fördern durch Mangelernährung, Frankfurt 2009, für einen Euro plus Porto zu bestellen über info@klartext-info.de). Je besser diese Forderung begründet wird, desto mehr wirkt das wenigstens der Tendenz entgegen, im Laufe der Krise das Regelsatzniveau zu senken. Das Bundesverfassungsgericht hat am 10.02. 2010 über die Höhe der Regelsätze geurteilt. (www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg10-005.html) Das Urteil hatte entgegen der Falschmeldungen von Wohlfahrtsverbänden, Erwerbsloseninitiativen und FAZ nicht den Zweck, die Höhe der Regelsätze für verfassungswidrig zu erklären. Das Gericht stellt ausdrücklich fest: "Da nicht festgestellt werden kann, dass die gesetzlich festgesetzten Regelleistungsbeträge evident unzureichend sind, ist der Gesetzgeber nicht unmittelbar von Verfassungswegen verpflichtet, höhere Leistungen festzusetzen". Das bezieht sich auch auf die Kinderregelsätze. Das Verfassungsgericht kommentierte sogar die 2005 erfolgte Kürzung des Regelsatzes für 7 bis 13-Jährige auf das Niveau von Säuglingen wie folgt: „Es kann ... nicht festgestellt werden, dass der für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres einheitlich geltende Betrag von 207 Euro zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums offensichtlich unzureichend ist. Es ist insbesondere nicht ersichtlich, dass dieser Betrag nicht ausreicht, um das physische Existenzminimum, insbesondere den Ernährungsbedarf von Kindern im Alter von 7 Jahren bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres zu decken“. SPD/Grüne, Christenparteien und FDP hatten Kindern in diesem Alter den Wachstumsbedarf gestrichen, der bis dahin anerkannt worden war. Das Gericht hält die Aberkennung des Wachstumsbedarfs im nachhinein für verfassungsgemäß und menschenwürdig. Auch in der Nichtberücksichtigung des gestiegenen Kalorienbedarfs sieht das Gericht keine Probleme. Allein das lässt schon ahnen, dass der Bedarf von Kindern für dieses Gericht nicht zur Debatte steht. Als verfassungswidrig wird nur die Begründung der heutigen Regelsätze betrachtet, nicht die Regelsatzhöhe selbst. Wenn die geltende Regelsatzhöhe oder auch eine niedrigere Regelsatzhöhe besser begründet würde, wäre die durch Intransparenz verletzte Menschenwürde wiederhergestellt.
- Leider hat die GEW das Urteil nicht verstanden. Das Urteil, das nach ihrer Meinung endlich zu höheren Regelsätzen für die Kinder führen müsse, wird zusammen mit AWO und Kinderschutzbund begrüßt. Wenn das Gericht sich für eine eigenständige Festsetzung der Kinderregelsätze ausspricht, hat es sich aber noch lange nicht für höhere Kinderregelsätze ausgesprochen. Sie können auch noch niedriger sein. Etwas anderes heißt es doch nicht, wenn das Gericht die damalige Aberkennung des Wachstumsbedarfs von Schulkindern unter 14 für verfassungsgemäß erklärt. Die Regierung hätte also auch auf die Rücknahme der Kürzung verzichten können. Das Gericht kritisiert die „freihändige“ Festsetzung eines Schulbedarfspakets von 100 Euro pro Schuljahr und fordert die Aufnahme in den Regelsatz. Hier wird bestenfalls umetikettiert.
- Das Gericht zementierte die jetzige Grundlage der Regelsatzbemessung, die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe EVS) als verfassungsgemäß, d.h. es ist verfassungsgemäß, die Ausgaben von armen Leuten als Bedarf anzusehen. Wenn Ausgaben sinken, und das könnte auch bei EVS 2008 im Verhältnis zur EVS 2003 der Fall sein, sinkt auch der Bedarf. Das ist verfassungsgemäß und menschenwürdig. Das sollen wir begrüßen?
- Statt nun den Eckregelsatz von 500 Euro und die daraus folgenden Erhöhungen der Kinderregelsätze der Zementierung der jetzigen Regelsätze durch das Verfassungsgericht entgegenzustellen, werden im Allgemeinen Hoffnungen auf endlich durchgesetzte Regelsatzerhöhungen für Kinder geschürt. Der GEW-Hauptvorstand nutzt die Lage aber nicht, um die von ihm 2008 beschlossene Forderung nach einer Erhöhung des Eckregelsatzes in den Mittelpunkt zu stellen, sondern fordern zusammen mit der AWO und dem Kinder-

schutzbund 500 Euro für jedes Kind als bedingungsloses, allerdings zu versteuerndes Grundeinkommen.

Man fordert die Auszahlung des unterhalb des Hartz IV-Niveaus liegenden steuerfreien Existenzminimums von Kindern unter 18 in Höhe von 322 Euro und die Auszahlung des steuerfreien Betrags für Erziehung, Betreuung und Bildung in Höhe von 180 Euro. Letzterer soll in den Lebensunterhalt fließen, statt in Betreuungskosten. Pferdefuß ist, dass durch die Übernahme der Unterhaltungskosten für Kinder aus Steuermitteln, die Kosten von Kindern nahezu vollständig aus den Löhnen herausgenommen werden können. Diese Art Kindergrundsicherung fördert Lohnsenkungen. Deshalb argumentieren die Arbeitgeberverbände in dieselbe Richtung. Aber auch wenn die monatlichen Betreuungskosten in den Lebensunterhalt fließen (was nicht in Ordnung ist), kommen die Kinder nicht aus dem Hartz-IV-Bezug heraus, weil sie Teil von Bedarfsgemeinschaften mit ihren Eltern sind. Die Zahlungen an die Bedarfsgemeinschaften sind höher als das höhere Einkommen auf der Basis von 500 Euro für jedes Kind (ausführliche Kritik <http://www.klartext-info.de/pdf/09Kindergrundsicherung5.pdf>).

- Richtiger wäre es, dem Urteil des BverfG die Forderung nach 500 Euro Eckregelsatz entgegenzusetzen. Das würde zu einer deutlichen Erhöhung der Kinderregelsätze auf 300, 350 bzw. 400 Euro führen plus Warmmiete. Das ist Ziel des Bündnisses 500 Euro Eckregelsatz (www.500-euro-eckregelsatz.de). Angesichts des bescheidenen Urteils des BverfG ist es dringend notwendig, diese Kampagne zu stärken, die von zahlreichen Organisationen und Erwerbsloseninitiativen unterstützt wird. Man sollte die Forderungen nach 500 Euro und zehn Euro gesetzlichen Mindestlohn unterschreiben (auch online möglich <http://www.500-euro-eckregelsatz.de/unterzeichner.html>), das Flugblatt bestellen (es ist kostenlos) und verteilen und die Broschüre verbreiten, die Grundlage dieser Kampagne ist. Alles nähere über www.500-euro-eckregelsatz.de.
- Das Regelsatzniveau, als Form des sozialen Existenzminimums, ist zugleich der wichtigste Maßstab für den zu fordernden gesetzlichen Mindestlohn. Um dem in der Krise wachsenden Druck auf Lohnsenkungen einen Riegel vorzuschieben, ist ein **gesetzlicher Mindestlohn von mindestens zehn Euro** zu fordern. Da das soziale Existenzminimum von Erwerbstätigen nicht besteuert werden darf, muss der gesetzliche Mindestlohn lohnsteuerfrei sein. Die vom DGB geforderten 7,50 Euro liegen unterhalb des Hartz IV-Niveaus. Der DGB bereitet Erhöhung vor. Es wäre also notwendig, den Druck in dieser Hinsicht zu verstärken (vgl. dazu das aktuelle Flugblatt http://www.klartext-info.de/flugblaetter/Mindestlohn_20100122.pdf. Auch dieses Flugblatt kann kostenlos über info@klartext-info.de bestellt werden).
- Wir sollten all diese Forderungen nicht als Schritte auf dem Weg zu einer solidarischen Gesellschaft bezeichnen, wie es das Bündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ tut. Eine Wirtschaftsordnung, die auf Ausbeutung beruht, wird nie eine solidarische Gesellschaft sein können.
- Wir sollten Forderungen nach Mindestlohn bzw. höheren Löhnen und höheren Arbeitslosenunterstützungen auch nicht als Mittel zur Stärkung der Binnennachfrage, als soziales Konjunkturprogramm verkaufen. Es geht um Grundbedürfnisse von LohnarbeiterInnen, nicht um die Binnennachfrage, d.h. um Umsatz- und Profitsteigerung. Die Bundesregierung hat die Rücknahme der Senkung der Regelsätze für Schulkinder unter 14 Jahren im Konjunkturpaket II zur Stärkung der Binnennachfrage untergebracht. Sie diene nicht der Anerkennung des Wachstumsbedarfs von Kindern, sondern der Kaufkraft, egal für was. Die Regelsatzerhöhung wird, wie das ganze Konjunkturprogramm mit Schulden finanziert.

Die GEW verlangt eine Summe von 40 Mrd. € als Konjunkturprogramm. „Verbesserungen in der Bildung sind das beste Konjunkturprogramm“ (PM 26.01.2010). Die Sanierung von Schulen als Konjunkturprogramm? Braucht man eine Krise, damit Schulen saniert werden? Es geht doch nicht um Bauaufträge, sondern um die von Konjunkturen unabhängigen Bedingungen, unter denen Kinder und junge Menschen zu möglichst umfas-

send ausgebildeten Wesen werden können. Das sollte man auch so begründen und fordern.

- Wir sollten den Mindestlohn und höhere Regelsätze auch nicht als Verwirklichung der Menschenwürde oder der Fairness begründen, wie es Linkspartei, SPD und ver.di tun (ausführlich zu den Forderungen gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise: Roth 2009, 91-95; 114-116). Arbeitslose werden unter kapitalistischen Bedingungen immer verleumdet werden, weil sie dem Kapital nichts einbringen, sondern nur Kosten verursachen. Arbeitslosigkeit ist im Übrigen nicht menschenwürdig.
- Wir sollten nicht von einem „Schutz- oder Rettungsschirm“ sprechen und das bei lächerlichen 7,50 Euro. Ein Schirm verhindert, dass man nass wird. Mit 7,50 Euro wird man nass.

Die Verwirklichung aller genannten Forderungen und auch Schritte in diese Richtung sind Mittel, die Folgen der Krise auf diejenigen abzuladen, die sie mit ihren Privatinteressen verursacht haben. Sie senken die Profitraten des Kapitals.

4.1 *Wir müssten ferner für Forderungen eintreten, die es dem Staat erschweren, die Staatsschulden, die er im Interessen von Banken und Konzernen macht, um sie „retten“ oder sie vor Krisenfolgen zu bewahren, mit Sozial- und Lohnabbau bzw. mit einer Erhöhung der Massensteuern zu bezahlen.*

Staatsschulden müssen mit Steuererhöhungen von denen bezahlt werden, die sich die größten Vorteile aus einer Wirtschaftsordnung verschafft haben, die Armut und Arbeitslosigkeit produziert.

- Der Körperschaftssteuersatz und der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer müssen wieder auf die früheren 56 % angehoben werden.
- Die Vermögenssteuer muss ebenso wiedereingeführt werden wie die Besteuerung der Veräußerungsgewinne von Unternehmen.
- Aktien- und Devisenhandel sowie alle Finanzwetten müssen mit Mehrwertsteuer belegt werden. Es ist nicht einzusehen, dass der Kauf von Brot mit Mehrwertsteuer belegt wird, nicht aber der Kauf des „Brot“ der Investmentbanken, der „Finanzprodukte“.
- Der Kapitalverkehr mit Steueroasen jeder Art ist zu untersagen.
- Die Banken müssen für alle Zuschüsse an sie kollektiv mit einer Bankenabgabe aufkommen. Beispiel HRE – Sonderabgabe.
- Im Übrigen kommen auch die Zeiten, in denen Forderungen nach Streichung von Schulden aufgestellt werden. Die Schulden sind nämlich nicht mehr rückzahlbar.

5 Mensch vor Profit?

Es ist ein weit verbreiteter Wunsch, dass das Kapital den Menschen dienen soll, nicht umgekehrt. Aber leider ist es der einzige Zweck des Kapitals, sich selbst als Selbstzweck zu vermehren und nicht dem Menschen als solchem zu dienen. Es ist ein weitverbreiteter Wunsch, dass Menschen Vorrang vor Profit haben sollen. Nur: Solange die Profitwirtschaft herrscht, d.h. die Verwertung von Kapital im Mittelpunkt steht, kann „der Mensch“ nicht im Mittelpunkt stehen. Die Frage steht letztlich: menschliche Grundbedürfnisse oder Kapitalverwertung.

Ähnlich steht es mit der „demokratischen Kontrolle“ der Banken, die über die Verstaatlichung der Banken erreicht werden soll. Sie drückt den Wunsch aus, dass das Volk etwas zu sagen hat. Allerdings entziehen sich Banken und Konzerne immer mehr der Kontrolle.

Die Realität ist gekennzeichnet durch eine wachsende Konzentration des Bankkapitals und durch die wachsende Unterwerfung des Staates unter seine Interessen, die mit der Staatsverschuldung verbunden. Die Explosion der Staatsschulden führt faktisch zu einer Art Privatisierung des Staates insgesamt. Von demokratischem Einfluss des Volkes auf die Bankgeschäfte ist selbst bei den verstaatlichten Banken, in Deutschland der HRE, nichts zu sehen. Die Kräfte, die einen Staat im Interesse der breiten Mehrheit der Gesellschaft bilden bzw.

verstaatlichte Banken im Interesse der Gesellschaft führen könnten, sind nicht in Sicht. Angesichts dessen können wir heute nicht für eine Verstaatlichung der Banken eintreten. Die heutige Verstaatlichung von Banken dient, wie das Beispiel HRE zeigt, letztlich der Stärkung der Privatbanken.

Wir brauchen ein gut begründetes Forderungsprogramm, auf dem man sich vereinigen kann, aber auch eine schonungslose Aufdeckung der Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung, die die heutige Krise erzeugt haben. Es ist nutzlos, sich einfach einen anderen Kapitalismus vorzustellen, der sozial ist und seine Widersprüche ablegt, statt sie auf die Spitze zu treiben. Das BGE ist ein solcher Traum, in dem man sich vorstellt, Kapitalverwertung wäre bei Freiwilligkeit der Lohnarbeit möglich.

Damit die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen im Mittelpunkt stehen und sie realen Einfluss ausüben könnten, müssten die Produzenten des Reichtums auch die Eigentümer der Produktionsmittel sein. Nur dann könnten sie den von ihnen erarbeiteten Reichtum für die maximale Entfaltung **ihrer** eigenen Bedürfnisse verwenden.

Erst wenn Menschen nicht mehr von den mächtigen Naturgewalten der Kapitalakkumulation beherrscht werden, kann man beginnen, von Freiheit und Menschenwürde zu reden, wenn nämlich die maximale Entwicklung des Potentials aller Menschen statt des Selbstzwecks der Kapitalvermehrung der einzige Zweck menschlicher Tätigkeit geworden ist.